

Sitzung Nr. 8 vom 18. September 2018 (Doppelsitzung)

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Daniel Hirt (Ersatz) Robert Gerber Konrad Schleiss Reto Gasser Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Fabian Affolter Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Nicole Hirt
Entschuldigt	Remo Bill
Anwesend von Amtes wegen	Kurt Boner, Präsident PKK Thomas De Micheli, BDO AG Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Fabian Ochsenbein, Stadtplaner Aquil Briggen, Stadtbaumeisterin Konrad Schleiss, Präsident BAPLUK Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 - 18:20 Uhr und 19:30 - 20:45 Uhr
TRAKTADEN	(2393 - 2402)
1	2393 Pensionskasse Jahresrechnung 2017 und Bilanz per 31.12.2017 mit Bericht der Revisionsstelle
2	2394 Ortsplanungsrevision: Orientierung zum Stand resp. weiteren Vorgehen

- 3 2395 Motion Angela Kummer (SP): Informations- und Kommunikationskonzept für die Stadt: Beschluss über Erheblicherklärung
- 4 2396 Interpellation Angela Kummer (SP): Parktheater - noch erschwinglich für Vereine?: Beantwortung
- 5 2397 Wahl Beauftragte für Datenschutz und Öffentlichkeit
- 6 2398 Dr. Robert Schild-Howald-Stiftung: Ersatzwahl in den Stiftungsrat
- 7 2399 Motion Nicole Hirt (glp): Rechenschaftsbericht Gesamtschulleiter (GSL): Einreichung
- 8 2400 Überparteiliche Interpellation der Fraktionen von FDP-glp, CVP, SVP und SP: Ist es opportun, dass das städtische Energieunternehmen SWG eine eigene Baufirma besitzt und betreibt?: Einreichung
- 9 2401 Interpellation Fraktion CVP: Aufwertung Minigolfanlage - Stand der Dinge?: Einreichung
- 10 2402 Agglomerationsprogramm Grenchen; Beschlussfassung
(gemeinsame Lesung der Gemeinderäte von Grenchen, Lengnau und Bettlach, separater Beratung und Beschlussfassung)

Pensionskasse Jahresrechnung 2017 und Bilanz per 31.12.2017 mit Bericht der Revisionsstelle

Vorlage: PA/PK / 05.09.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Thomas De Micheli, BDO AG, erläutert anhand einer Präsentation die Jahresrechnung 2017 und gibt weitere Informationen (siehe Beilage).

1.2 Kurt Boner, Präsident Pensionskassenkommission (PKK) möchte in einfachen Worten darlegen, was dieses Jahr noch vorgesehen ist. Um es mit einem Witz zu sagen: *Letztes Jahr war man 30mm vor dem Abgrund, jetzt hat man einen Schritt vorwärts gemacht.* Spass beiseite, es ist natürlich genau das Gegenteil. Wenn man von der Auflösung einer Pensionskasse spricht, tönt das relativ spektakulär, es ist aber halb so wild, vor allem wenn man sich die Geschichte vergegenwärtigt. Die Pensionskasse der Stadt Grenchen wurde erst im Jahre 2006 gegründet. Vorher war man einer Sammelstiftung angeschlossen. Die Gründe, weshalb man damals eine eigene Pensionskasse errichtet hat, sind nachvollziehbar. Jetzt ist ein Punkt erreicht - ein wenig früher als man es vorgesehen hat - den Wechsel bzw. die Auflösung der Pensionskasse zu vollziehen. Auslöser dafür, dass es dieses Jahr schon passiert, war das Schreiben der AXA vom 10. April 2018, dass sie sich aus dem Vollversicherungsgeschäft zurückzieht. Aus diesem Grund hat die AXA sämtliche Vollversicherungsverträge mit allen angeschlossenen Pensionskassen und Unternehmen per 31. Dezember 2018 gekündigt. Dies betrifft auch die Pensionskasse der Stadt Grenchen. Man kann sich vorstellen, dass die AXA nicht alle Pensionskassen und Unternehmen verlieren, sondern sie möglichst in einem neuen Gefäss behalten will. Die AXA hat der Stadt klar gemacht, dass sie diese in einem neuen Gefäss aufnehmen wird, und zwar zu Bedingungen, die allgemein als sehr vorteilhaft und gut betrachtet werden können. Insbesondere ist hier zu berücksichtigen, dass man bei einem Wechsel in eine teilautonome Lösung die Rentner 1 : 1 mitnehmen kann. Das hat jetzt wirklich die grössere Bedeutung. Die Mitnahme der Rentner 1 : 1 kann man in keiner anderen Lösung mit einem anderen Anbieter. Hier müssten Gelder fliessen, und zwar in Millionenhöhe. Es wurde auch die Möglichkeit geprüft, die Pensionskasse für die Rentner zu behalten. Das würde dazu führen, dass einerseits die Aktivversicherten in einer teilautonome Lösung drin sind und andererseits die Rentner in der Pensionskasse bei der AXA verbleiben. Das ist verständlicherweise nicht sehr sinnvoll und auch nicht optimal. Beim Angebot der AXA können die Rentner quasi „gratis“ mitgenommen werden, es gibt keine Einbussen und alle Leistungsversprechen werden selbstverständlich beibehalten. Für die Rentner gibt es keine Nachteile oder keine Veränderungen im Vergleich zu heute.

Kurt Boner erläutert noch etwas näher den Unterschied zwischen einer teilautonomen Lösung und einer Vollversicherung. Bei einer Vollversicherung ist die Anlagemöglichkeit extrem konservativ. Der Aktienanteil, der bei einer Vollversicherung eingesetzt werden kann, ist bei 5 Prozent. Das bedeutet im heutigen Umfeld null Zins. Bei einer teilautonomen Lösung ist der Aktienanteil viel höher. Dort werden nachher in guten Jahren auch mehr Gewinne produziert, was sich auf die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auswirkt. Ein Nachteil in einer teilautonomen Lösung ist, dass bei einer Unterdeckung Sanierungsbeiträge geleistet werden müssten. Das ist nichts Dramatisches. Die AXA lässt die Sammelstiftung mit einem Deckungsgrad von über 110 Prozent starten. Das heisst, wenn man jemals zu Sanierungsbeiträgen herangezogen würde, ist 80 oder 90 Prozent der Schweiz bereits am Zahlen und Sanieren. Deshalb muss man nicht allzu sehr Angst haben, denn auch vom BVG her müssen zuerst mindestens zehn andere Massnahmen umgesetzt werden, bevor Sanierungsbeiträge zum Zuge kommen. Wenn man in das Feld „teilautonome Sammelstiftung“ rein geht, wird man einen Vertrag mit einer Laufzeit von mindestens zwei Jahren abschliessen. Danach ist man wieder frei, sich am Markt zu orientieren, je nach Möglichkeiten, die es gibt. Für die Versicherten werden die Leistungen möglichst deckungsgleich sein, es gibt ganz kleine Verschiebungen (im homöopathischen Bereich). Der einzelne Versicherte merkt kaum, dass am 1. Januar 2019 irgendetwas passiert, wenn er den neuen Ausweis erhält. Die Pensionskasse wird aufgelöst. Das hat den Vorteil, dass die Verwaltungskosten drastisch reduziert werden. Im heutigen Modell sind sie sehr hoch, das wurde im Gemeinderat auch immer wieder bemerkt und diskutiert. Bei einer neuen Lösung fallen die Verwaltungskosten in einem geringen Ausmass an, weil alle Aktivitäten der Pensionskassenkommission und Verwaltung in der Sammelstiftung mit den entsprechenden Gremien geleistet werden. Dem Gemeinderat wird voraussichtlich an der nächsten Gemeinderatssitzung die Vorlage „Pensionskasse der Stadt Grenchen: Auflösung“ unterbreitet werden. Die Gemeindeversammlung ist am 5. Dezember 2018.

- 1.3 Laut Stadtpräsident François Scheidegger hat man letztes Jahr bereits angekündigt, dass man nicht ganz fertig mit der Pensionskasse ist. Ein wichtiger Meilenstein wurde letztes Jahr geschafft. Jetzt kommt der nächste Schritt etwas schneller als man gedacht hat, was aber nichts macht. So wird man auf den 1. Januar 2019 à jour sein.
- 1.4 Kurt Boner informiert, dass die Pensionskassenkommission als erstes Gremium am 12. September 2018 der Auflösung der Pensionskasse der Stadt Grenchen zugestimmt hat. Als nächstes ist der Gemeinderat dran. Die Destinatäre der Pensionskasse der Stadt Grenchen (Aktivversicherte und Rentner der Stadt, SWG, ARA) erhalten morgen ein Informationsschreiben.
2. Eintreten
Eintreten wird beschlossen.
3. Detailberatung
 - 3.1 Gemeinderätin Angela Kummer erkundigt sich, wie es mit der Pensionskassenkommission weitergeht. Wird sie aufgelöst oder in ein anderes Gefäss überführt?
 - 3.2 Thomas De Micheli erklärt, dass es eine Pensionskassenkommission in diesem Sinne nicht mehr geben wird. Die öffentlich-rechtliche Institution, was die Pensionskasse der Stadt Grenchen ist, wird liquidiert.

Die Pensionskassenkommission-Mitglieder haben noch die Funktion des Liquidators und sind für die Liquidation verantwortlich. Nachher wird das aufgehoben und aus dem Register gelöscht. Von der Sammelstiftung her werden Direktanschlüsse mit den Arbeitgebern unterzeichnet. Künftig hat jeder Arbeitgeber (Stadt, SWG, ARA) eine Vorsorgekommission zu schaffen und paritätisch (d.h. gleich viele AN- wie AG-Vertreter) zu besetzen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1 Die Jahresrechnung 2017 der Pensionskasse der Stadt Grenchen wird zur Kenntnis genommen.

Vollzug: PA

Beilage: Präsentation Th. de Micheli zur Pensionskasse der Stadt Grenchen/18.09.2018

PKK
PK
SWG
ARA
PA

0.2.2 / acs

Ortsplanungsrevision: Orientierung zum Stand resp. weiteren Vorgehen

1 Orientierung

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger erläutert die Ausgangslage und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.2 Stadtplaner Fabian Ochsenbein orientiert anhand von Schaubildern über den Stand der Ortsplanungsrevision resp. das weitere Vorgehen (s. Beilage).
- 1.3 François Scheidegger dankt für die Informationen. Es wäre wünschenswert, wenn noch der „alte“ Gemeinderat (Amtsperiode 2017 - 2021) die Ortsplanungsrevision zHd. Gemeindeversammlung verabschieden könnte. Vielleicht kann man den Zeitplan noch optimieren. Das sollte sicher möglich sein.
- 1.4 Gemeinderat Peter Brotschi erkundigt sich, ob es eine zeitliche Limite seitens Kanton gibt.
 - 1.4.1 Laut Fabian Ochsenbein gibt es eine gesetzliche Vorgabe, dass eine Revision der Ortsplanung etwa alle 10 - 15 Jahre erfolgen soll. Dort ist man zeitlich schon bald drüber. Aber im Moment ist im Zeitplan die grösste Unsicherheit die Zeit der Vorprüfung, da etwa zwei Drittel aller Gemeinden des Kantons Solothurn dran sind. Wie er so von anderen Gemeinden hört hat, ist es beim Kanton relativ schwierig, innert nützlicher Frist die Vorprüfungen durchzuführen. Dort wird Grenchen auch durchmüssen. Man wird auch versuchen, Druck zu machen. Aber zuerst muss die Stadt ihre Hausaufgaben machen. Es gibt sonst keinen Druck vom Kanton her, dass man schneller sein müsste. Es weiss, dass Gemeinden vom Zeitplan her weiter sind. Es gibt solche, die schon abgeschlossen haben. Aber der kantonale Richtplan sollte jetzt vom Bund genehmigt sein bzw. bald genehmigt werden. Man steht daher terminlich optimal da. Wenn die Richtplangrundlagen vom Bund abgesegnet sind, dann weiss man auch, was man daraus für Vorgaben hat. Er hat nicht das Gefühl, dass man jetzt viel zu spät dran ist.
- 1.5 Gemeinderätin Nicole Hirt geht davon aus, dass es eine öffentliche Mitwirkung gibt. Können Mitwirkende sehen, was die anderen Mitwirkenden eingegeben haben?
 - 1.5.1 Gemäss Fabian Ochsenbein ist das gesetzlich so vorgeschrieben. Der Prozess wird ähnlich wie beim Leitbild ablaufen. Es wird einen Mitwirkungsbericht geben, der öffentlich einsehbar sein wird.
- 1.6 Peter Brotschi möchte wissen, was passiert, wenn in den nächsten drei Jahren ein Bauprojekt kommt, das man so nicht mehr möchte, aber altrechtlich noch möglich wäre. Deshalb findet er die Zeitachse schon nicht ganz unentscheidend.

- 1.6.1 Wenn in ein, zwei Jahren, so Fabian Ochsenbein, so ein Projekt kommt, das dem widerspricht, was man angedacht hat, dann muss man versuchen, mit dem Kunden das Gespräch zu suchen. Rein rechtlich müsste man es nach der bestehenden Planung behandeln. Vom Gesetz her ist es so, dass man das Projekt erst nach der neuen Planung behandeln kann, wenn diese öffentlich aufgelegt ist und keine Einsprachen hängig sind. Es ist gut möglich, dass man solche Fälle haben könnte und befürchten müsste, dass man ein Präjudiz schafft.
- 1.6.2 Laut François Scheidegger hat man die Problematik, dass man bei Reglementen in gewissen Bereichen Anpassungsbedarf hat, z.B. Grünflächenziffer, Bauabstand etc., wo man immer wieder aneckt. Das stellt man jetzt fest in der Industriezone, wo einiges nicht mehr zeitgemäss ist. Einerseits heisst es, dass man verdichten muss, andererseits wird teures Land für Parkplätze verbraucht. Die GRK hat sich auch schon mit solchen Fragen beschäftigen müssen. Es ist immer etwas schwierig, wenn man im Rahmen eines laufenden Prozesses vorgeht und Anpassungen vornimmt. Das ist nicht ganz unmöglich, aber heikel. Deshalb könnte man allenfalls eine Planungszone über ein Gebiet verhängen.
- 1.6.3 Fabian Ochsenbein bestätigt, dass das Gesetz das Instrument der Planungszone gibt. Wenn man sieht, dass ein Baugesuch eingereicht wird, das den Planungsbestrebungen offensichtlich widerspricht, hat der Gemeinderat die Möglichkeit, für ein genau bezeichnetes Gebiet eine Planungszone festzulegen, womit er quasi auf Zeit spielen und so ein Projekt verhindern kann.
- 1.7 Gemeinderat Daniel Hafner erinnert daran, dass man sich ja mitten im Prozess „Kompass Standortentwicklung“ befindet. Je nach Ausrichtung, Beschlüsse, die dort gefasst werden, je nach Ergebnis hat das Auswirkungen auf die Ortsplanung. Findet jetzt schon eine Koordination statt? Inwiefern ist man im Gespräch und werden jetzt Nägel eingeschlagen, die möglicherweise je nach Entwicklung kontraproduktiv sein können?
- 1.7.1 François Scheidegger hat hier keine Befürchtungen. Beim Kompass befindet man sich auf einer Metaebene. Dort geht darum, in welche Richtung sich die Stadt Grenchen entwickeln will. Es ist geplant, dass man den Kompass bis Ende Jahr 2018 verabschiedet hat (das Zielbild ist schon fast erarbeitet). Selbstverständlich würde das dann in die Ortsplanungsrevision einfließen. In diesem Sinne ist der Zeitpunkt sogar sehr passend. So könnte man sich im Rahmen der Ortsplanungsrevision am Kompass orientieren.
- 1.7.2 Fabian Ochsenbein ergänzt, dass die Projektleitung Kompass die bisherigen Planungsunterlagen auf der Baudirektion abgeholt hat. Er geht davon aus, dass man sie in die Überlegungen hat einfließen lassen.
- 1.8 Der Gemeinderat nimmt von der Orientierung Kenntnis.

Beilage: Präsentation Baudirektion/18.09.2018

BD

7.9.1 / acs

Motion Angela Kummer (SP): Informations- und Kommunikationskonzept für die Stadt: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/13.09.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion von der Stadtkanzlei/Finanzverwaltung schriftlich beantwortet.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

- 3.1 Gemeinderätin Angela Kummer meint, dass es sich die Stadtverwaltung etwas gar leicht mit der Beantwortung ihrer Motion macht. Warum diese ungültig sein soll, wird auch nicht genau erklärt. Klar wird aber aus der Beantwortung, dass wohl doch Handlungsbedarf besteht. Sie begrüsst es sehr, dass die Abteilungsvorsteher ein Seminar zum Thema Medienarbeit durchgeführt haben und eine Mediens Schulung noch stattfinden wird. Doch sollten gewisse Punkte wohl grundsätzlicher geklärt werden. Das Konzept muss nicht ein umfangreiches Planungspapier sein, sondern es geht darum, die Grundsätze festzulegen. Deshalb ist sie bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, um so sicherzustellen, dass in den verschiedenen Verwaltungsabteilungen Klarheit herrscht darüber, wer wann wie und wo informiert und kommuniziert. Man ist es der Bevölkerung schuldig, rechtzeitig und so transparent wie möglich zu informieren, was in der Stadt Grenchen läuft. Sie will hier gar nicht kritisieren, ihr ist bewusst, was alles gemacht wird, und sie findet das alles sehr gut. Sie sieht den Knackpunkt in der Koordination unter den Verwaltungsabteilungen. Dort wäre intern Klärungsbedarf. Betreffend Stellen möchte sie sich nicht äussern. Es ist hier nicht der Zeitpunkt, irgendwelche Stellen zu fordern. Das war überhaupt nie die Idee.
- 3.2 Laut Stadtpräsident François Scheidegger war es der Wunsch der Abteilungsvorsteher, dass man einen „Leitfaden“ macht, wer wann in welchem Fall kommuniziert. Das ist immer auch sehr situativ. Das macht man sowieso. Er hat kein Problem damit, das Anliegen als Postulat entgegen zu nehmen. Eine gute Kommunikation gelingt nicht immer. Manchmal macht man ein Communiqué und es wird von den Medien nicht aufgenommen, warum weiss man nicht. Man versucht wirklich, Auskunft zu geben. Es gilt auch das Öffentlichkeitsprinzip mit verbrieftem Recht auf Akteneinsicht.

Es wird aber relativ wenig davon Gebrauch gemacht. Auf der Traktandenliste der GRK ist die „Information der Öffentlichkeit“ als Standardtraktandum aufgeführt. Deshalb wäre es toll, wenn man wirklich eine Person hätte, die nichts anders als Kommunikation machen könnte. Im Moment kann man sich dies aber nicht leisten.

- 3.3 Stadtschreiberin Luzia Meister erklärt bezüglich der Ungültigkeit der Motion, dass der Gemeinderat nicht zuständig ist, ein Kommunikationskonzept zu erstellen. Das ist Vollzugsarbeit auf Stufe Abteilungsleiter zusammen mit den Mitarbeitenden. Eine GR-Motion kann nur etwas in einem Bereich verlangen, in denen der Gemeinderat selber legiferieren kann.
- 3.4 Gemäss Gemeinderat Matthias Meier-Moreno kann die CVP mit der Umwandlung in ein Postulat gut leben. Selbstverständlich sieht auch sie betreffend der Kommunikation gegen innen wie auch gegen aussen, dass es noch Luft nach oben hat. Jedoch ganz so schlecht, wie es in der Motion beschrieben ist, nimmt sie es nicht war. Wichtig ist ihr, dass zeitnah kommuniziert wird und die Medienmitteilung nicht zuerst eine Woche im Stadthaus zirkuliert, bevor diese versendet wird. Betreffend GRK ist man bestrebt, jeweils mitteilungswürdige Entscheide am Ende der Sitzung festzulegen und den Auftrag zur Kommunikation zu erteilen. Ihm persönlich ist dieser Punkt sehr wichtig, dort, wo Transparenz erfolgen kann, soll diese auch mittels Medienmitteilung gelebt werden.
- 3.5 Die Art und Weise, so Gemeinderat Robert Gerber, wie eine Unternehmung oder in vorliegendem Fall, eine Stadt oder Gemeinde mit der Information und Kommunikation umgeht, ist entscheidend, wie diese Institution, in diesem Fall die Stadt Grenchen, wahrgenommen wird. Die Stadt Grenchen ist mittlerweile ein Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 126 Mio. Franken und ist damit im ersten Drittel der Rangliste der 100 grössten Unternehmen des Kantons. Mit diesem Status kann die Informations- und Kommunikationspolitik nicht den Zufall überlassen werden. Die FDP-glp-Fraktion bedauert es, dass der Versuch vor drei oder vier Jahren gescheitert ist, eine Stabsstelle für Kommunikation in der Stadtverwaltung zu etablieren. Es gab, so meint er sich zu erinnern, Ängste, es gehe da eher um das Einstellen eines „Propagandaministers“ für den Stadtpräsidenten. Wer so argumentiert, hat Verschiedenes nicht begriffen und ist sich der Bedeutung einer sachgerechten Information nicht bewusst. Die Zeiten sind vorbei, als noch die Meinung herrschte, dass es völlig ausreiche, dass die Behörde existiere, was sie tue und wie sie es tut, bleibe ein „Geheimnis“. Die Art und Weise, wie Bürgerinnen und Bürger heute politisch mitmachen, hat sich gewandelt, die Partizipationsmöglichkeiten und die Informationen, die der Staat zur Verfügung stellt, müssen sich ändern. Bürgerinnen und Bürger verlangen - zumindest im Grundsatz - Transparenz und Information, was staatliches Handeln angeht. Staatliches Handeln ohne Öffentlichkeitsarbeit ist nicht mehr denkbar. Wer nur hie und da und „hüb-chläb“ informiert, muss nicht meinen, er könne dann im Falle einer notwendigen Krisenkommunikation, im Notfall, die betroffene Bevölkerung vertrauenswürdig durch die Krise führen. Der Motionsantwort kann entnommen werden, dass die Stadtverwaltung nicht ganz untätig geblieben ist. Es existiere ein Kommunikationskonzept, diese werde auch so umgesetzt, es hätten schon Schulungen der Abteilungsvorstehenden stattgefunden und weitere Ausbildungen und Sensibilisierungen sollen in absehbarer Zeit erfolgen. Sicher gibt es auch Fälle von ungenügender Kommunikation. Gerade in Fällen von Strassensanierungen, des Grenchners liebstem Kind, ist auch schon mal das eine oder andere etwas „abverheit“. Die FDP-glp-Fraktion ist bereit, den in ein Postulat umgewandelten Vorstoss zu überweisen.

- 3.6 Gemäss Gemeinderat Ivo von Büren wird die SVP-Fraktion den in ein Postulat umgewandelte Vorstoss nicht unterstützen, sie sieht keinen Handlungsbedarf. Die Stadt informiert gut. In den letzten vier Jahren hat eine Verbesserung stattgefunden. Alles braucht seine Zeit.

Es ergeht mit 11 : 3 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Postulat wird erheblich erklärt.

Vollzug: KZL

Stadtschreiberin
SF, Mike Brotschi
SF, Karin Heimann

0.5.1 / acs

Interpellation Angela Kummer (SP): Parktheater - noch erschwinglich für Vereine?: Beantwortung

Vorlage: KZL/07.09.2018

1. Mit Datum vom 13. März 2018 reichte Angela Kummer (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Die Stadt verfügt mit dem Parktheater über ein architektonisches Vorzeigebauwerk und einen hervorragenden Konzert- und Theatersaal. Das Parktheater soll weiterhin ein wichtiges kulturelles und gesellschaftliches Zentrum der Stadt sein. Ziel muss es daher sein, dass die verschiedenen Anlässe – Konzerte, Theater, Bankette, Tagungen, etc. - im Parktheater gut „über die Bühne“ gehen.

Die letzten Monate haben durch die Auflösung der Genossenschaft Parktheater und Umstrukturierungen verschiedene Neuerungen gebracht, die sich zuerst bewähren müssen. Nun scheint es, dass verschiedene lokale Vereine, Schulen aber auch auswärtige Gruppierungen sich die höheren Mieten und die Kosten für die zusätzlichen Veranstaltungstechniker nicht mehr leisten können und auf andere Räumlichkeiten ausweichen.

Darum bitte ich die Stadtverwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. *Wie sieht das neue Betriebskonzept bezüglich des Theatersaals aus?
Wer macht den Unterhalt des Parktheatersaals und Foyers?
Wer ist die Hauptansprechperson für Personen, die das Parktheater reservieren wollen?*
2. *Wie bewährt sich die Lösung mit dem externen Techniker anstatt eines fixen Bühnenmeisters?*
3. *Wie steht es mit der Auslastung des Theatersaals und Foyers bis Ende 2018?*
4. *Wie hoch sind die Mietpreise des Parktheatersaals und wie viel kostet die externe Veranstaltungstechnik?*
5. *Ist die Leistungsvereinbarung mit dem Pächter des Restaurants unterzeichnet? Wie sieht diese in den Hauptpunkten aus?*

6. *Welche Tarife werden verrechnet für die Miete der drei Räume (Gemeinderats-, Linden- und Jurasaal)? Bewegen sich die Tagungspauschalen in einem vergleichbaren Rahmen im Vergleich zu anderen ähnlichen Anbietern? Gäbe es allenfalls Spezialkonditionen für Grenchner Vereine?*

2 Beantwortung

2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Stadtkanzlei/Finanzverwaltung beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Die Interpellantin kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

3.1 Gemeinderätin Angela Kummer hat von verschiedenen Vereinen gehört habe, dass sie sich das Parktheater als Aufführungsort ihrer Konzerte und Theater nicht mehr leisten können. Manche haben schon neue Räumlichkeiten gefunden, andere haben begonnen, sich nach Alternativen umzusetzen. Es möchte aber doch alle, dass das Parktheater belebt und vielfältig genutzt wird und dass auch die hiesigen Vereine es sich leisten können, in einem tollen Saal mit guter Akustik zu spielen oder Anlässe in den weiteren Räumen durchzuführen. Die Vereinbarung der Stadt mit der Rodania hätte spätestens auf Anfang 2018 unterzeichnet sein müssen. Seit der Einreichung der Interpellation ist ein halbes Jahr verstrichen und die Vereinbarung liegt immer noch nicht vor. Ziel muss es sein, dass eine einfache und transparente Lösung für alle Seiten - die Stadt, die Betreiberin des Parktheaters sowie die Vereine - gefunden wird, damit das Parktheater ein wichtiges kulturelles und gesellschaftliches Zentrum der Stadt Grenchen bleibt! Nun hat sie aktuell vernommen, dass der Abschluss der Vereinbarung auf der Zielgeraden sei und dass Parktheaterteam mit den meisten Vereinen bilateral Lösungen gefunden habe. Das hört sich sehr erfolgsversprechend an. Sie ist leider nur teilweise befriedigt mit der Antwort.

3.2 François Scheidegger weist darauf hin, dass der Gemeinderat vor rund einem Jahr ein klares Kommitment für das Parktheater abgegeben hat. Man ist insgesamt froh um den Kauf und gut unterwegs. Man möchte sicher nicht zurück zu den Zeiten, wo das Haus geschlossen war. Das war eine schlimme Zeit. Man weiss aber auch, dass das eine relativ anspruchsvolle Sache ist. Seitens Stadt hat man die Hausaufgaben gemacht. Die Stadt wurde Eigentümerin der ganzen Liegenschaft. Es ist richtig, dass man letztes Jahr Verschiedenes abgemacht hat, insbesondere dass man ab 1. Januar 2018 eine Leistungsvereinbarung haben wird. Aber für eine Vereinbarung braucht es immer zwei Seiten. Die Stadt ist nicht Betreiberin, sondern nur Eigentümerin dieses Hauses. Die Betreiberin ist die Rodania Gastro AG. Es ist nicht so einfach. Er ist froh, dass seit dem Sommer 2018 Gemeinderat Richard Aschberger Mitglied des Verwaltungsrats der Rodania Gastro AG ist. Er ist überzeugt, dass die Kommunikation jetzt besser ist. Man hat verstanden, was die Vereine wollen. Das war ein Problem. Er hat vollstes Verständnis für die Vereine. Früher hat man den Tarif nicht angewendet, dann wurde er voll ausgeschöpft. Dies führte zu Problemen und dazu, dass Vereine vom Parktheater weggegangen sind. Hier hat man eine Einigung gefunden und ist gut unterwegs.

François Scheidegger hat sich heute informieren lassen, dass die Leistungsvereinbarung auf dem Schlitten ist und unterzeichnet werden sollte. Es braucht halt eine gewisse Zeit.

- 3.3 Stadtschreiberin Luzia Meister bittet darum, allfällige Rückmeldungen direkt der Stadt oder Verwaltungsrat Richard Aschberger zukommen zulassen, damit soll verhindert werden, dass irgendetwas im Raum stehen gelassen wird und man nicht weiss, ob es stimmt oder nicht. Zum Teil haben sich auch die Vereine eine Forderungshaltung angeeignet. Man will einen Gratisraum, konsumiert aber nichts und hinterlässt gegebenenfalls noch Abfall. Das geht natürlich nicht. Dann kann das Parktheater auch nicht so entgegenkommend sein, wie man es gerne hätte. Wenn es Reklamationen gibt, soll man diese sofort auf den Tisch bringen, damit man miteinander reden kann und weiss, was Sache ist.
- 3.4 Angela Kummer hat den Vereinen immer gesagt, dass sie sich direkt an die Verantwortlichen wenden sollen. Leider haben sie es nicht getan und einfach nach etwas Neuem gesucht, ohne vorher mit dem Parktheater zu verhandeln, was eigentlich schade ist. Sie verzichtet darauf, eine Diskussion zu beantragen. Ihre Fragen wurden beantwortet.
- 4 Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Stadtschreiberin
FV
BD

3.1.4 / acs

Wahl Beauftragte für Datenschutz und Öffentlichkeit

Vorlage: KZL/12.04.2018

- 1 Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger fasst die Vorlage kurz zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

- 2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

- 3 Detailberatung
 - 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

- 4 Beschluss
 - 4.1 Zur Beauftragten für Datenschutz und Öffentlichkeit wird Stadtschreiberin Luzia Meister gewählt.

Vollzug: KZL

Stadtschreiberin
Stadtpräsident

0.0.0.4 / acs

Dr. Robert Schild-Howald-Stiftung: Ersatzwahl in den Stiftungsrat

Vorlage: KZL/16.08.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger verweist auf die Vorlage.

1.2 Gemeinderätin Angela Kummer und Stiftungsratspräsidentin der Dr. Robert Schild-Howald-Stiftung erklärt, dass gemäss Statuten *das Organ der Stiftung ein auch 3 Mitgliedern bestehender Stiftungsrat ist. Ihm gehört von Amtes wegen der jeweilige Rektor der Schulen Grenchen an.* Deshalb wird Gesamtschulleiter Hubert Bläsi zur Wahl vorgeschlagen. Seit Jahren ist nicht viel mit der Stiftung gelaufen und wie das häufig der Fall ist, hat auch das Kapital abgenommen. Sie hat sich als Stiftungsratspräsidentin für die Amtsperiode 2017-2021 wählen lassen, um hier vorwärts zu machen und zu prüfen, was unternommen werden kann. Sie hat heute gerade ein Telefongespräch geführt, um eine Besprechung mit der Stiftungsaufsicht zu vereinbaren. Ziel ist, dass man einmal zusammensitzt. Mit an Bord hat sie Herrn Philipp Abegg, einen Neffen von Rosmarie Däster-Schild, welche die Tochter von Dr. Robert Schild-Howald ist. Herr Philipp Abegg würde mitkommen, um zu schauen, was man machen kann. Die Dr. Robert Schild-Howald-Stiftung ist eine von x Stiftungen, die nicht mehr sehr viel Ertrag hat (letztes Jahr waren es ca. 65 Franken). Jetzt soll geprüft werden, ob eine Zusammenlegung oder Auflösung möglich wäre. Deshalb ist es wichtig, dass der Stiftungsrat komplett ist, nicht dass es plötzlich Probleme mit der Stiftungsaufsicht gibt.

1.3 François Scheidegger hat einmal als Kantonsrat einen Vorstoss eingereicht. Der Kanton hatte damals auch Stiftungen und Kleinststiftungen mit Zwecken, die in der heutigen Zeit nicht mehr gegeben waren und keinem Bedürfnis mehr entsprachen. Hier konnte der Kanton ein Stück weit aufräumen. Man kann aber das Geld nicht für irgendetwas verwenden, sondern der Zweck muss möglichst artverwandt sein. Er findet es gut, wenn man mit Herrn Philipp Abegg einmal sondieren geht.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Vom Ausscheiden von Maya Karlen aus dem Stiftungsrat der Dr. Robert Schild-Howald-Stiftung, Grenchen, wird unter Verdankung der geleisteten Dienste Kenntnis genommen.
- 4.2 Hubert Bläsi, Weinbergstrasse 50, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2017-2021 als Mitglied und Aktuar in den Stiftungsrat Dr. Robert Schild-Howald-Stiftung, Grenchen, gewählt.

Zu eröffnen an: - Maya Karlen, Witmattstrasse 19, 2540 Grenchen
- Hubert Bläsi, Weinbergstrasse 50, 2540 Grenchen
- Angela Kummer, Präsidentin Dr. Robert Schild-Howald Stiftung

Vollzug: KZL

KZL (Behördenverzeichnis)
HR-Amt (Eintragung)

0.1.8 / acs

Motion Nicole Hirt (glp): Rechenschaftsbericht Gesamtschulleiter (GSL): Einreichung: Einreichung

1. Mit Datum vom 18. September 2018 reicht Nicole Hirt (glp) folgende Motion ein:

1.1. Motionstext

Der Gesamtschulleiter wird aufgefordert, im jährlichen Reporting der Schulen Grenchen einen Rechenschaftsbericht analog anderen Berichten (z.B. Musikschule) über seine eigenen Aktivitäten zu integrieren.

Begründung:

Nach der Einführung der geleiteten Schulen im Jahre 2006 wurde der politische Wille „Eine Schule ein Chef“ umgesetzt. Der Gesamtschulleiter bekleidet dieses Amt seit 1. August 2016. Im jährlichen Reporting erfahren wir jeweils vieles, was in den einzelnen Schulkreisen unternommen worden ist. In Zusammenarbeit mit dem Gesamtschulleiter wurde das Reporting weiterentwickelt und dahingehend verbessert, dass es den Wünschen des jetzigen Gemeinderates entspricht. Leider ist es aber nicht vollständig. So fehlt ein Bericht des GSL, der seine Tätigkeiten in Form eines Rechenschaftsberichtes darlegt. Da die Stadt Grenchen über keine Geschäftsprüfungskommission (GPK) verfügt, deren Aufgabe die Aufsicht über die Verwaltung wäre, obliegt die Aufsicht dem Gemeinderat. Dieser ist nicht in der Lage seine Pflicht zu erfüllen, wenn die dazugehörigen Indikatoren resp. Angaben fehlen. Die Gemeinderatskommission kümmert sich um personelle und finanzielle Geschäfte, die Aufsicht über die Verwaltung steht ihr aber nicht zu. Wie bereits erwähnt, ist dies, weil eben eine GPK fehlt.

2. Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

GSL
RD

2.0.0 / acs

Überparteiliche Interpellation der Fraktionen von FDP-glp, CVP, SVP und SP: Ist es opportun, dass das städtische Energieunternehmen SWG eine eigene Baufirma besitzt und betreibt?: Einreichung

1. Mit Datum vom 18. September 2018 reichen die Fraktionen von FDP-glp, CVP, SVP und SP folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner Robert Gerber):

1.1. Interpellationstext:

Im Zusammenhang mit dem städtischen Energieunternehmen SWG und der von ihr betriebenen Tochtergesellschaft Panaiia & Crausaz AG (P&C) tauchen in letzter Zeit, auch in der Öffentlichkeit, immer wieder Fragen auf und es kursieren auch Gerüchte, die aus Sicht der Interpellanten und Interpellantinnen klarer Antworten bedürfen.

In diesem Sinne ersuchen wir den Stadtpräsidenten (Verwaltungsratspräsident der SWG) um die Beantwortung folgender Fragen.

- 1. Welches waren die Überlegungen und Beweggründe, die die SWG veranlasste, die Baufirma P&C zu erwerben? Welches waren die Ziele dieser Akquisition? Wurden diese Ziele, aus Sicht der SWG, erreicht?*
- 2. Haben diese Überlegungen auch heute, gut fünf Jahre nach dem Erwerb der betreffenden Baufirma, immer noch ihre Gültigkeit?*
- 3. Wird die Firma P&C von der SWG quersubventioniert? Wie ist von unabhängiger Stelle sichergestellt, dass keine solchen Quersubventionierungen stattfinden?*
- 4. Wie ist von unabhängiger Stelle gewährleistet, dass die Firma P&C zu effektiven Markt-Bedingungen für das Mutterhaus SWG arbeitet?*
- 5. Wie gestaltet sich die Vergabepaxis der SWG bei Bauaufträgen an die Firma P&C?*
- 6. Hat die Submissionsgesetzgebung auch für die SWG ihre Gültigkeit und wie ist von unabhängiger Stelle sichergestellt, dass die SWG die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben einhält?*
- 7. Hat sich die SWG bei den Vergaben von Aufträgen an die Firma P&C stets an die gesetzlichen Grundlagen des nationalen und internationalen Submissionsrechts gehalten?*
- 8. Wie geschehen die Überwachung und die Kontrolle der Buchführung der Firma P&C? Wie ist das Controlling sichergestellt?*

9. *Ist es opportun, dass der Geschäftsführer der SWG gleichzeitig Verwaltungsratspräsident der Firma P&C ist? Und wie ist die gängige Praxis in dieser Beziehung bei anderen ähnlich gelagerten Unternehmen?*
 10. *Wer ist verantwortlich für die Information in Bezug auf die Strategie der SWG gegenüber dem Gemeinderat der Stadt Grenchen?*
2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

Stadtpräsident
SWG

8.7 / acs

Interpellation Fraktion CVP: Aufwertung Minigolfanlage - Stand der Dinge?: Einreichung

1. Mit Datum vom 18. September 2018 reicht die CVP-Fraktion folgende Interpellation ein (Erstunterzeichner Matthias Meier-Moreno):

1.1. Interpellationstext:

Am 13. Mai 2014 reichte die CVP-Fraktion mit dem Erstunterzeichner Marco Crivelli das Postulat „Aufwertung Minigolfanlage“ ein, welches vom Gemeinderat am 16. September 2014 für erheblich erklärt wurde. Seither sind vier Jahre vergangen und passiert ist leider nichts. Auch ein Augenschein vor Ort hat keine grossen Veränderungen oder gar Verbesserungen zu Tage geführt. Die Minigolfanlage fristet ein tristes Dasein und ist einer familienfreundlichen Stadt unwürdig. Eine Aufwertung der Anlage, wie von uns gefordert wurde, ist dringend nötig und sollte endlich an die Hand genommen werden.

Aus diesem Grund bitten wir den Stadtpräsidenten respektive die Stadtverwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. *Was sind die Hauptgründe, dass bis heute nichts erarbeitet respektive umgesetzt wurde?*
2. *Was genau wurde seit der Erheblicherklärung unseres Postulats im Jahr 2014 bis heute unternommen - Stand der Dinge?*
3. *Besteht ein Sanierungskonzept inkl. Budget?*
 - 3.1 *Wenn ja, wieso wurde dies dem Gemeinderat nicht unterbreitet?*
 - 3.2 *Wenn nein, bis wann können wir ein Sanierungskonzept inkl. Budget erwarten?*
4. *Wie wichtig ist der Stadt Grenchen die Minigolfanlage?*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD
FV
Mike Brotschi, Verantwortlicher Sport, SF

3.4.5 / acs

Agglomerationsprogramm Grenchen; Beschlussfassung

Vorlage: AGr/05.09.2018

- 1 Erläuterungen zum Eintreten
- 1.1 François Scheidegger, Stadtpräsident Grenchen, begrüsst die anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie die Verwaltungsangehörigen der drei Einwohnergemeinden Grenchen, Bettlach, Lengnau herzlich zur heutigen gemeinsamen Sitzung. Es ist eine denkwürdige Sitzung. Er fand nirgends, dass die drei Gemeinderäte jemals einmal gemeinsam getagt hätten. Insofern ist das heute eine historische Sitzung. Vielleicht wird man auch einen historischen Entscheid fällen.
- 1.1.1 Zum Vorgehen: Es gibt zuerst eine gemeinsame Sitzung zum Eintreten. François Scheidegger wird einleitend ein paar Worte sagen, danach wird Barbara Leibundgut, Gemeindepräsidentin Bettlach, übernehmen und sich dem Kern widmen (Agglomerationprogramm: Was ist das überhaupt? Agglomerationprogramm ja oder nein) und dann wird Max Wolf, Gemeindepräsident Lengnau, das Ganze abschliessen. Bei Fragen oder Ergänzungen stehen Amalia Schneider, Agglomerationsprogramme, Amt für Raumplanung Kanton Solothurn, und Arthur Stierli, Projektleiter, ecoptima AG, Bern, sowie Gemeinderat Konrad Schleiss, Präsident der Regionalplanung Grenchen-Büren und Präsident der Bau-, Planungs- und Umweltkommission Stadt Grenchen, für Auskünfte zur Verfügung. Es braucht die Zusammenstimmung der drei Gemeinden. Jede Gemeinde kann das zwar mit Mehrheitsbeschluss beschliessen, aber es müssen alle drei Gemeinden zustimmen, sonst kommt es nicht zustande.
- 1.1.2 François Scheidegger geht kurz darauf ein, wie es zum Thema Agglomerationsprogramm kam: Das Ganze geht relativ weit zurück. In den Akten hat er gefunden, dass die erste Sitzung am 6. August 2015 abgehalten wurde. Dort wurde eine erste Ausleageordnung über die Bedürfnisse der drei Gemeinden vorgenommen, die der Bund als Agglomerationsraum definiert hat. Man hat sich über mögliche Instrumente unterhalten und nicht nur über ein Agglomerationsprogramm, sondern z.B. auch über ein regionales Entwicklungskonzept (REK) sowie andere Fragen gesprochen. Es wurde geprüft, ob die Grundanforderungen überhaupt gegeben sind. Man hat sich über die einzelnen Arbeitsschritte und natürlich auch über die Kosten unterhalten. Dabei wurde festgestellt, dass der ganze Prozess relativ lange Zeit braucht (die zeitlichen Vorgaben, die ganzen Vorlaufzeiten müssen zwingend eingehalten werden). In Grenchen wurde dann im Gemeinderat vom 18. August 2015 vom damaligen FDP-Gemeinderat Alexander Kohli eine dringliche Motion „*Agglomerationsprogramm Verkehr und Siedlung für den Raum Grenchen*“ eingereicht, die den Gemeinderat gezwungen hat, am 15. September 2015 einen Beschluss zu fassen.

Der Grenchner Gemeinderat hat damals erstmals beschlossen, dass er ein Agglomerationsprogramm prüfen möchte, und die Baudirektion beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen. Am 3. Mai 2016 fand eine erste Sitzung der drei Gemeinden Grenchen-Bettlach-Lengnau mit dem Kanton und der Regionalplanung Grenchen-Büren etc. statt. Dort wurde gesagt, dass man den Schritt machen möchte, im Wissen darum, dass man zuerst das Zukunftsbild erarbeiten muss - das ist ja die Grundlagen zur Erarbeitung eines Agglomerationsprogramms. In Bettlach wurde das Zukunftsbild im Gemeinderat vom 28. August 2018 behandelt. Der Grenchner Gemeinderat befasste sich mit dem Geschäft am gleichen Tag. Der Gemeinderat von Lengnau hat vom Zukunftsbild ebenfalls Kenntnis genommen. Die drei Gemeindepräsidenten sind dann in Klausur gegangen. Man war sich sehr wohl bewusst, dass es ein Kommitment der drei Gemeindepräsidenten braucht, wenn man diesen Schritt machen und in ein Agglomerationsprogramm einsteigen will. Man kam zum Schluss, dass man das machen will. Man will in Zukunft noch vermehrt zusammenarbeiten. Man ist auch überzeugt, dass der Zeitpunkt jetzt der richtige ist. Heute hat sich der Grenchner Gemeinderat an seiner ordentlichen Sitzung über die Ortsplanungsrevision orientieren lassen. Bettlach ist hier etwas weiter als Grenchen, aber auf einem ähnlichen Stand. Lengnau ist mitten drin (Ortsplanungsrevision ist 6 Jahre her). Für Grenchen würde das passen.

- 1.2 Barbara Leibundgut, Gemeindepräsidentin Bettlach, fasst die Dokumente, welche die Gemeinderäte erhalten haben, in einfachen und prägnanten Worten wie folgt zusammen: Warum soll man überhaupt so ein Agglomerationsprogramm machen? Was will man damit? In der Klausur wurde diskutiert, ob man das Agglomerationsprogramm alleine machen oder sich irgendwo anhängen soll, weil die Einwohnergemeinden Grenchen-Bettlach-Lengnau eine Kleinstagglomeration sind, vom Bund her so definiert. Dann kam man überein, dass das Wichtigste an dem ganzen Agglomerationsprogramm die Stärkung der Region ist. Wenn man die Agglomeration Grenchen-Bettlach-Lengnau stärken will, muss man alleine ein Agglomerationsprogramm machen und sich nicht irgendwo anhängen, wo man dann quasi wie ein Wurmfortsatz ist, entweder bei Biel-Seeland oder Solothurn. Die Zusammenarbeit in der räumlichen Entwicklung im gesamten Agglomerationsperimeter ist wichtig. Jede Gemeinde macht zwar ihre Ortsplanungen und trifft innerhalb der Ortsplanung auch mit den anderen Gemeinden ein paar Absprachen, aber eine wirkliche Planung ist in den Instrumenten der Ortsplanung nicht über die Gemeindegrenzen hinaus vorgesehen. In der Ortsplanung schaut man, wie die Verkehrsflüsse und die Siedlungsentwicklungen innerhalb der Gemeinde sein sollen. Man betrachtet es nie aus der Vogelperspektive, wie es in der ganzen Region aussehen soll. Als man in Klausur war, ist man übereingekommen, dass man ein Signal nach aussen senden und sagen will, dass die Agglomeration Grenchen und Umgebung wichtig ist, dass man eine Agglomeration ist, zwar eine kleine, aber eine eigene. Es wurde auch postuliert, dass man die Koordination von Kanton, Region und Gemeinden stärken will. Das passiert in einem Agglomerationsprogramm. Die Koordination von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung unter Berücksichtigung des Landschafts- und Naturschutzes ist ebenfalls ein grosses Thema im Agglomerationsprogramm. Was macht man mit der Witi oder dem Berg? Was hat es für einen Einfluss, wenn man die Siedlung so oder so weiterentwickelt? Wie sollen die Verkehrsverbindungen der ganzen Naherholungsgebiete sein? Dabei versucht man, nicht nur das Thema Verkehr und Siedlung anzuschauen, sondern sich auch zu fragen, wie es punkto Landschafts- und Naturschutz aussehen sollte.

Erst in zweiter Linie kann man eventuell von Bundesgeldern für gewisse Projekte profitieren. Die Projekte werden priorisiert. Es gibt für A-Projekte allenfalls Geld. Das ganze Agglomerationsprogramm muss vom Kanton eingereicht und vom Bund genehmigt werden. Wenn es soweit käme, dass gewisse Projekte mitunterstützt werden könnten, müsste auch das Kommitment der Gemeinden da sein, dass man das wirklich durchzieht und finanziert. Man muss bis Beschlussbasis gehen. Das Agglomerationsprogramm zeigt auf, dass Investition und Betrieb einer Massnahme für den Kanton, für die Gemeinden und eventuell auch für Dritte finanziell tragbar sind. Mit dem Agglomerationsprogramm definiert man nicht nur Projekte, sondern legt auch fest, ob man diese im Betrieb finanzieren kann. Die Folgekosten werden mitbeurteilt und die Vorfinanzierung der Massnahmen muss gesichert sein. Die Anforderungen für so ein Agglomerationsprogramm sind folgende: Die Grundlage ist das Zukunftsbild, das in den drei Gemeinderäten zur Kenntnis genommen wurde. Wenn man in so ein Agglomerationsprogramm hineingeht, müssten dort Teilstrategien entwickelt werden, und diese haben Ziele, die man nachher auf Wirkung kontrolliert. Auch der Bund misst nachher die Wirkung und schaut, ob man davon ausgehen kann, dass die Ziele, die man in den Teilstrategien festgelegt hat, erreicht werden können. Da geht es um Massnahmen, die man trifft. Hat z.B. die Förderung eines Langsamverkehrs auf eine Verkehrsentwicklung allgemein positiven Einfluss? Solche Sachen werden dort abgeglichen. Die Teilstrategien müssen ganz konkrete und priorisierte Massnahmen enthalten. Man muss sagen, was 1., 2. und 3. Priorität hat und was man für eine Wirkung daraus erwartet. Man muss dort auch angeben, wie die Siedlungsentwicklung vorangehen, wie sich der Langsamverkehr entwickeln soll. Dann sind der öffentliche Verkehr und der motorisierte Individualverkehr ein Thema. Es geht darum, dass man schaut, wie all diese Verkehrsflüsse und Verkehrsströme, nicht nur der Autos, sondern eben auch der Velos, Fussgängern etc., mit der ganzen Siedlungsentwicklung überhaupt passen sollen. Eine weitere Anforderung ist, dass man eine Trägerschaft hat. Die Regionalplanung Grenchen-Büren wird Ende 2019 aufgelöst. Man müsste eine Trägerschaft gründen, in der die drei Gemeinden drin sind. Man könnte einen Verein gründen, wo der Kanton auch noch mit dabei ist (ob er als Mitglied oder nur beratend dabei wäre, müsste man mit ihm noch klären). Wichtig ist, dass man eine Trägerschaft haben muss, weil Bund und Kanton nachher die Trägerschaft als Ansprechpartnerin brauchen. Alle Akteure, Gemeinden, Regionale Körperschaften, Kanton, müssen darin vertreten sein und dann tritt man gegenüber dem Bund mit einer Stimme auf. Das ist ein wichtiger Hintergrund. Deshalb der Vorschlag, dass man eine Vereinsgründung anstreben würde, diese muss aber nicht heute Abend erfolgen. Wenn dann alle drei Gemeinderäte zustimmen würden, hätte man wieder Hausaufgaben und müsste die Frage lösen, wie man den Verein aufbauen möchte. Man hat auch über die Projektorganisation gesprochen. Dort braucht es eine strategische Projektleitung. Bernard Staub, Chef Amt für Raumplanung Kanton Solothurn, meinte, dass es einen Mister oder Misses Agglo braucht, der bzw. die sich hinstellt und am Karren zieht, jemand, der die Fahne hochhebt, wo man nachher wirklich mitmacht und dahinter steht. Es ist auch eine operative Projektleitung notwendig. Dort wird die Knochenarbeit zu leisten sein. Es gibt einen Haufen Hintergrundarbeit und Planungsarbeit, wo man voraussichtlich von einem externen Büro unterstützt wird. Aber es braucht ganz viel Arbeit von den drei Bauverwaltungen und den Planungsorganisationen der drei Gemeinden. Eventuell würde man Teilarbeitsgruppen bilden. Das weiss man jetzt noch nicht. Es braucht eine externe Begleitung und man muss sicher die Kantone einbinden.

Wie fest der Kanton Bern mitmachen würde, weiss sie nicht. Das ist noch nicht klar. Wenn Grenchen-Bettlach-Lengnau ja sagen, hat der Kanton Solothurn seine Unterstützung zugesagt. Wie viel das sein wird, muss man noch schauen.

1.2.1 Der ambitionierte Zeitplan sieht wie folgt aus:

Gründung Trägerschaft	bis Ende 2018
Erarbeitung Agglomerationsprogramm	bis Sept. 2019
Behördenvernehmlassung Mitwirkung	Okt 2019 - März 2020
Vorlage Massnahmen Kanton Bern	Mai 2020
Überarbeitung	April - Juli 2020
Politische Konsolidierung	Sept. - Nov. 2020
Einreichung	Mitte Dez. 2020

Eigentlich müssten Agglomerationsprogramme 4. Generation bis im Sommer 2021 eingereicht werden. Weil man aber ein neues Agglomerationsprogramm wäre, müsste man es bereits ein halbes Jahr vorher haben (Abgabefrist 15. Dezember 2020). Man muss das einhalten.

1.3

Max Wolf, Gemeindepräsident Lengnau, ist ein Stück weit mitschuldig, dass die Regionalplanung Grenchen-Büren beerdigt wird. Man hat jetzt die Chance, dass aus der Asche etwas Neues entsteht. Er äussert sich zu den Chancen, Risiken und Kosten wie folgt: Man arbeitet jetzt schon in gewissen Bereichen, wo es nötig ist, sehr gut miteinander zusammen (BGU, Jurassonenseite, Schnellzughalt Bahnhof Süd). Ein Agglomerationsprogramm wäre nur eine logische Fortsetzung der Zusammenarbeit. Man war sich in der Klausur einig, dass man in Siedlung und Verkehr voneinander abhängig ist. Man hat je einen Autobahnzubringer in Grenchen und Lengnau. Man hat Schnellzüge, die in Grenchen Süd halten. Bettlacher und Lengnauer sind froh über diesen Anschluss. Hier muss alles unternommen werden, dass man das halten kann. Was die Frage betrifft, ob man jetzt schon eine Einheit ist, kann er sagen, dass es für einen Fremden, wenn er durch Lengnau, Grenchen und Bettlach fährt, eine Ortschaft ist. Man sieht die Übergänge nicht mehr. Man muss die Position der drei Gemeinden so stärken. Man gehört nicht zur Region Biel - man wäre dort nur ein Anhänger. In Solothurn wäre das womöglich das Gleiche. Wenn man es schafft, ein gutes Agglomerationsprogramm zu entwickeln, besteht die Chance, dass Bund und Kanton mitfinanzieren. Er würde sich aber nicht zu fest darauf verlassen. Es braucht sehr viel, dass sie sich beteiligen. Man muss Programme vorweisen, die man auch ohne Bund und Kanton stemmen kann, denn man muss sie mindestens vorfinanzieren und eventuell auch selbst finanzieren können. Das Ganze ist auch mit Risiken verbunden. Man braucht Personal in den Verwaltungen, es ist Knochenarbeit. Das betrifft vor allem die Bauverwaltungen und ihre Mitarbeitenden. Agglomerationsprogramme beim Bund sind sehr komplex und erfordern, wenn man eines haben will, einen hohen Standard. Mit jedem neuen Agglomerationsprogramm steigen die Anforderungen. Der Zeitaufwand wird relativ hoch sein. Man muss nachweisen können, dass es für die Region eine deutliche Verbesserung bringt. Zweifelsohne wird es so oder so eine Verbesserung bringen, wenn man zusammenarbeitet. Es wird aber vorab von allen Seiten sehr viel Eigenleistung brauchen. Das Ganze kostet auch etwas. Die Kosten für die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms belaufen sich auf ca. CHF 230'000.00. Dazu kommen noch interne Kosten, Sitzungsgelder usw.

Für Lengnau bewegt sich das ungefähr im Rahmen der bisherigen Beiträge an die Regionalplanung Grenchen-Büren. Es wird vielleicht etwas mehr ausmachen. Es braucht eine Vereinsstruktur, wie vorhin Barbara Leibundgut bereits erwähnt hat. Bisher sagt der Kanton Bern betreffend Kostenbeteiligung nein, aber er sagt immer nein, wenn es ums Geld geht. Vielleicht gibt er dann doch noch etwas.

- 1.4 Barbara Leibundgut erklärt zusammenfassend, dass man sämtliche Massnahmen, die in so einem Agglomerationsprogramms ausgearbeitet werden, vorfinanziert haben muss. Auch wenn der Bund nicht mitzahlt, muss man es trotzdem umsetzen. Man kann keinen Rückzieher mehr machen. Das Agglomerationsprogramm kann die Region stärken. Das ist das Hauptziel, das man vor Augen haben müsste, wenn man einsteigt. Es bedeutet aber einen grossen Aufwand. Die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung werden auch aufeinander abgestimmt. Das ist ein weiterer grosser Vorteil. Und es wäre die Basis für eine zukünftige Entwicklung der regionalen Arbeitszone, auch gerade im Zusammenhang mit der Hauptstadtregion Schweiz, wo man im Neckarsulmgebiet (*IG-52 Grenchen/Bettlach, Neckarsulmstrasse*) ausgeschieden ist und im Richtplan so aufgenommen wurde. Wenn man dort irgendeinmal Richtung Neueinzonungen von Land denken will, bräuchte es ein Agglomerationsprogramm, vor allem wegen der regionalen Arbeitszone. Dann müssten Grenchen und Bettlach mindestens, wahrscheinlich sogar mit Lengnau zusammen, die Weiterentwicklung vorantreiben. Sonst, so hat sie Bernhard Staub verstanden, bekäme man nie die Möglichkeit. Das ist weit hinaus gedacht (Zeithorizont 2030er Jahre). Grenchen hat den Lead als Stadt in der ganzen Agglomeration. Will die Stadt Grenchen oder will sie nicht? Wollen alle drei Gemeinden oder wollen sie nicht? Es ist nur möglich, wenn alle drei ja sagen, dahinterstehen und wirklich mitziehen. Sonst geht es nicht. Das ist soweit die Grundlage, die man für die Diskussion mitnehmen muss.
- 1.5 Gemeinderat Konrad Schleiss, Präsident der Regionalplanung Grenchen-Büren und Präsident der Bau-, Planungs- und Umweltkommission Stadt Grenchen, betont, dass man das als Zukunftsprojekt anschaut. Projekte und Planung in Siedlung und Verkehr sind in der Regel Generationenprojekte, denkt man nur, wie lange es gedauert hat, bis die Autobahn A5 gekommen ist. In diesen Zeiträumen muss man denken. Wenn man der Arbeitsgruppe den Raum lässt, überlegt sie sich, wie man den Bahnhof in 15 oder 20 Jahren, die Verkehrsverbindungen, die Veloverbindung etc. haben möchte. Das sind Langfristspektiven Es ist ein Grundsatzentscheid, der heute ansteht: Will man das zusammen machen oder soll das Grenchen alleine machen?
- 1.6 Amalia Schneider, Amt für Raumplanung Kanton Solothurn (Agglomerationsprogramme), hat den Zukunftsbildprozess sehr positiv erlebt. Von ihr aus gesehen ist es eine Chance zur Abstimmung von Siedlung und Verkehr. Aber es hat auch seine Herausforderungen. Man muss zusammen das Agglomerationsprogramm tragen und zusammen entscheiden, wo man den Fokus legt, welche Massnahmen zusammengetan werden und welche Priorität sie haben. Es braucht eben einen Mister oder eine Misses Agglo.
- 1.7 Mit dem Zukunftsbild, so Arthur Stierli, Projektleiter, ecoptima AG Bern, hat man bereits einen Schritt gemacht und sich eine Vorstellung von diesem Raum erarbeitet. Das war ein wichtiger erster Schritt. Der nächste Schritt kann folgen. Das müssen die Gemeinderäte heute entscheiden.

- 2 Gemeinsame Eintretensdebatte (GR Grenchen, Bettlach, Lengnau)
- 2.1 Hat man, so Gemeinderat Leonz Walker, SVP Bettlach, geprüft, ob man die drei Gemeinden nicht gleich fusionieren soll. Nach den Vorrednern sieht es so aus.
- 2.1.1 Barbara Leibundgut erklärt, dass dies nicht diskutiert wurde. Das möchte sie auch auf keinen Fall.
- 2.1.2 Leonz Walker fragt, wer im Kanton Solothurn die Kompetenz hat, zu sagen, dass dieser 40 Prozent der Kosten übernimmt, nota bene ein Kanton, der finanziell „marode“ ist. Wie kommt der Kanton dazu? Wenn man sieht, was der Kanton sonst noch für Aufgaben in Sachen Verkehr hat, sind die wesentlich wichtiger. Man ist in der Agglomeration Grenchen sehr gut bedient: Lengnau und Grenchen haben einen eigenen Autobahnanschluss. Sind die 40 Prozent vom Kanton gesichert?
- 2.1.3 Laut François Scheidegger ist eine Fusion hier natürlich kein Thema. Man spricht von einem gemeinsamen Raum, einer Agglomeration. Das ist jetzt einmal das Thema. Man muss es auch auf der Zeitachse anschauen. Eine Fusion über die Kantonsgrenze hinaus mit Lengnau wäre nochmals ein anspruchsvoller Prozess. Da bräuchte es sogar eine eidgenössische Abstimmung, weil es eine Grenzverschiebung zur Folge hätte. Er wird das sicher nicht mehr erleben.
- 2.1.4 Barbara Leibundgut erläutert, dass der Kanton bis zu 40 Prozent an Agglomerationsprogramme zahlt. Er hat noch nicht entschieden, wieviel er zahlen würde. Er hat aber in Aussicht gestellt, dass er sich bis zu 40 Prozent beteiligen würde. Es braucht aber natürlich noch den Beschluss des Kantons. Das würde im Rahmen des Globalbudgets des Amtes für Raumplanung abgewickelt. Es sind darin explizit für solche Programme Gelder reserviert. Das Amt für Raumplanung muss dann schauen, dass es mit diesen Geldern die Agglomerationen entsprechend unterstützen und begleiten kann.
- 2.1.5 Amalia Schneider bestätigt, dass es maximal 40 Prozent sind, die das Amt für Raumplanung an Programme mitfinanzieren kann. Es ist noch nicht definiert, mit wie viel Prozent es sich beteiligen würde.
- 2.1.6 François Scheidegger bemerkt, dass der Kanton schon beim Zukunftsbild mitfinanziert hat. Es gibt keinen Grund, warum sich der Kanton hier nicht beteiligen sollte, obwohl der Beschluss noch ausstehend ist.
- 2.2 Gemeinderat Matthias Stricker, SP Bettlach, interessiert, ob es in der Schweiz laufende Agglomerationsprogramme gibt, wo man ähnliche Konstellationen hat (z.B. drei Gemeinden mit 25'000 bis 30'000 Einwohnern), damit man Vergleichswerte hätte. Kann man dort Ideen oder Abläufe abkupfern und davon profitieren? Gibt es dort Möglichkeiten, wo man Synergien nutzen könnte?
- 2.2.1 Laut François Scheidegger hat man das selbstverständlich angeschaut. Er hat auch vor vierzehn Tagen mit dem Stadtpräsidenten von Zofingen, Hansruedi Hottinger, gesprochen. Dieser hat selbst so ein Agglomerationsprogramm gemacht. „Aareland“ ist ein gemeinsames Projekt der Kantone Aargau und Solothurn und des Vereins Aareland. Zofingen ist Kernstadt und Teil des Agglomerationsprogramms Aareland. Hansruedi Hottinger würde mit Ratschlägen und Empfehlungen helfen. Man könnte hier auf einen grossen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Er ist leider heute verhindert.
- 2.2.2 Arthur Stierli betont, dass es Agglomerationen gibt, die in einer ähnlichen Konstellation sind, z.B. Stadt Langenthal. Sie ist selbst eine Agglomeration. Dort betrifft es die Nachbargemeinden nicht, weil sie noch nicht im Perimeter sind. Diese ist von der

Grösse her vergleichbar. Dann gibt es noch kleinere Agglomerationsprogramme wie z.B. Stadt Bulle, Stadt Delsberg, Gemeinde Stans. Dort hat man geschaut wie sie sich konstituiert haben. Es ist immer etwas unterschiedlich, hat mit der Geschichte zu tun und damit, wie die Kantone jeweils mit der Thematik Agglomerationsprogramm umgehen. Es sind ähnliche Trägerschaften. Sie sind aber nicht zu vergleichen mit den Agglomerationsprogrammen Bern, Zürich, Basel. Das sind ganz andere Umfänge, die dort umgewälzt werden, als bei kleineren Agglomerationsprogramme, die aber auch ihre Wirkung haben. Die erste Wirkung, die es hat, ist die Innenwirkung. Man muss versuchen, die richtigen Massnahmen miteinander voranzutreiben. Es gibt vergleichbare Agglomerationsprogramme, welche die 1., 2. oder 3. Generation erarbeitet haben.

- 2.3 Gemeinderat Thomas Fessler, CVP Bettlach, kommt noch einmal auf die Beteiligung von 40 Prozent des Kantons zurück. Man muss hier die Grundsatzüberlegung anstellen: Will man das Agglomerationsprogramm ja oder nein? Sieht man einen Nutzen, Chancen etc.? So etwas nur zu machen, weil sich der Kanton mit 40 Prozent beteiligt, wäre eine ganz falsche Überlegung. Es kann sein, dass sich der Kanton gar nicht beteiligt, wenn er der Meinung wäre, dass das eingegebene Agglomerationsprogramm nicht dem entspricht, was er gewollt hat. Wenn man es macht, muss es für die drei Gemeinden stimmen, sie müssen den Nutzen haben etc. Dann ist die Kantonsbeteiligung ein Bonus, den man hat, einen Zusatz an die Kosten. Heute muss ein Grundsatzentscheid ohne Kantonsbeteiligung gefällt werden.
- 2.4 Gemeinderat Patrick Gfeller, SVP Bettlach erkundigt sich, was passiert, wenn man den Terminplan nicht einhalten könnte oder wollte (z.B. die Trägerschaft später käme) und mehr Zeit bräuchte. Was würde das heissen?
- 2.4.1 Gemäss François Scheidegger ist das eine Frist, die läuft. Wenn man sie verpasst, ist die Sache durch. Dann muss man schauen, ob es ein weiteres Agglomerationsprogramm gibt. Vielleicht muss man dann vier Jahre warten, bis man wieder einsteigen kann.
- 2.4.2 Laut Amalia Schneider ist die Frist für die neuen Programme 4. Generation Mitte Dezember 2020. Man kann an diesem Eingabetermin nicht rütteln und muss ihn einhalten.
- 2.4.3 Wenn man erst nicht termingerecht schafft, so führt Patrick Gfeller aus, hätte man quasi 4 Jahre „eingekauft“.
- 2.4.4 François Scheidegger meint, dass man schon relativ lange dran ist. Es braucht einfach Zeit. Eigentlich ist man jetzt goldrichtig drin, aber man kann nicht mehr gross Zeit verlieren. Wenn man ja sagt, muss man schnell vorwärtsmachen.
- 2.4.5 Mit dem erarbeiteten Zukunftsbild, so Arthur Stierli, hat man bereits einen Schritt erledigt. Voraussetzung für ein Agglomerationsprogramm ist ein Zukunftsbild. Dieser Schritt wurde ein Stück weit bereits vorgezogen. Man hat jetzt eines erarbeitet, das man noch konkretisieren kann. Vom Zeitplan her ist man gut drin, weil man bereits etwas erledigt hat und nicht bei null anfangen muss.

- 2.4.6 Gemäss François Scheidegger gibt es schon Teilprojekte, wo er einen gewissen Respekt davor hat und es auch eine politische Auseinandersetzung braucht. Er denkt dabei an Verkehr und Siedlung. Man darf den ganzen Themenbereich schon nicht unterschätzen.
- 2.5 Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann, SP Grenchen, beinhaltet das Agglomerationsprogramm dann die konkreten Projekte. Ist es richtig, dass man Mitte Dezember 2020 ein pfannenfertiges Projekt mit den Kosten abgeben muss? Kann man nicht verschiedene Projekte einreichen?
- 2.5.1 Es können, so Amalia Schneider, mehrere Projekte sein, die aufeinander abgestimmt sind.
- 2.5.2 Barbara Leibundgut erklärt, dass es sogar verschiedene Projekte sein müssen, z.B. ein Verkehrskonzept, ein Parkierungskonzept, ein Projekt für den Tourismus oder ein Projekt für die Siedlungsentwicklung nach innen. Es werden verschiedene Teilprojekte mit entsprechenden Massnahmen sein. Diese müssen vorfinanziert sein, d.h. die Finanzierung muss gesichert sein. Das würde verschiedenste Punkte geben. Es würde auch Teilarbeitsgruppen geben, die sich der einzelnen Themen annehmen würden. Die ganzen Projekte müssen aufeinander abgestimmt sein und werden in dem Agglomerationsprogramm zusammengefasst.
- 2.6 Leonz Walker hat sich auf die heutige Sitzung hin schlau gemacht, wie es beim Bund aussieht. Klar wird in der Vorlage geschrieben, dass es kein Modell ist, mit dem man nachher Geld abholen will. Aber für ihn ist das trotzdem entscheidend. Was ist eigentlich das Ziel hinter dem Ganzen? Man muss damit rechnen, dass der Bund hier keinen Franken bezahlt, weil die ganzen Forderungen beim Bund fünf Mal höher sind als die Mittel, die der Bund hat. Wenn er schaut, was man vielleicht in dem Agglomerationsprogramm realisieren könnte, wäre das erstens die Veloschnellverbindung nach Solothurn. Die wurde schon einmal im Kantonsrat diskutiert und dann sind die im Kanton tatsächlich auf die Idee gekommen, in Selzach eine Brücke für Velos für 1.2 Mio. Franken vorzusehen. Das ist ja lachhaft. Das Zweite wäre das Problem wegen der Gefährlichkeit des Flughafens betreffend Flughafenstrasse/Archstrasse, das Peter Brotschi seinerzeit angesprochen hat. Das ist doch nicht etwas, das man mit einem Agglomerationsprogramm korrigieren kann. Seines Erachtens ist es nicht möglich, zu sagen, dass man die Strasse mit x Millionen untertunnelt oder nach Staad umleitet. Das ist doch alles illusorisch. Neben den zwei Sachen sieht er nirgends, wo hier ein Nutzen sein könnte. Barbara Leibundgut hat vorhin auf die Parkiererei verwiesen. Ihn dünkt nicht, dass Grenchen, Bettlach und Lengnau koordinieren müssen, wo man parkieren soll. Das ist sicher nicht ein Thema. Wenn er den Kostenverteiler anschaut, hat er ein Problem. Der Kanton Bern sagt jetzt schon, dass er nichts zahlt. Wer übernimmt dann dessen Teil? Etwa der Kanton Solothurn oder die Berner Gemeinde? Es ist für ihn unverständlich, was hier im Moment passiert. Er hat einmal im Bettlacher Gemeinderat gesagt, ob man hier Entwicklungshilfe für Grenchen leisten will. Das ist ihm so vorgekommen. Ausser einem guten Namen, den man sich erhofft zu bekommen, sieht er keinen Nutzen in dem ganzen Agglomerationsprogramm. Der Kanton definiert und prüft die ganzen Verkehrsflüsse auch schon. Wofür hat man einen kantonalen Richtplan? Will man hier Gürtel und Hosenträger oder was will man hier eigentlich? Das ist für ihn die entscheidende Frage. Er ist konsequent dagegen, dass man hier eine Planung macht, die viel Geld kostet und wo alles nur auf Hypothesen basiert. Das kann es nicht sein.

Betreffend Zeitplan sieht er schwarz. Die Gemeinderäte müssen sich nur einmal überlegen, wie viel Zeit es braucht, bis der Verein gegründet ist und die ganzen Sachen erarbeitet sind. Das Programm muss man dann baubewilligungsfertig haben. Das ist ein Dring der Unmöglichkeit. Das sind Illusionen. Wenn man auf vier Jahre hinaus schaut, kann sich das schenken. Dann kann man sagen, dass man vielleicht in vier Jahren resp. in sechs Jahren eventuell etwas machen kann. Bis dann sieht man auch, wie sich die Region entwickelt. Jetzt sieht man es ja nicht.

- 2.6.1 Man ist hier, so François Scheidegger, bei den Chancen und Risiken. Es wurde mit aller Deutlichkeit gesagt, dass es natürlich mit Risiken verbunden ist. Ein Risiko ist, dass vielleicht die Zeit nicht reicht. Das hat man sich auch überlegt. Es gibt eine anspruchsvolle Diskussion. Aber irgendeinmal muss man ja anfangen. Man ist der festen Überzeugung, dass man so oder so einen Nutzen daraus haben wird. Es gibt zum Beispiel die Thematik Neckarsulmstrasse, das Hauptentwicklungsgebiet von Bettlach und Grenchen. Dort gibt der Kanton klare Leitplanken vor. Daran muss man so oder so arbeiten. Hier hilft ein Agglomerationsprogramm dann schon sehr. Das ist nicht so einfach.
- 2.6.2 Nach Meinung von Leonz Walker ist hier primär der Kanton gefordert.
- 2.6.3 Konrad Schleiss erläutert, dass es im Zukunftsbild drei Fokusräume hat. Die drei Fokusräume, die im Agglomerationsprogramm schwergewichtig anzugehen sind, sind Bahnhof Süd, Bahnhof Nord und Neckarsulmstrasse. Das wurde im Zukunftsbild in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gemeindevertretern so formuliert. Das sind die drei Punkte, wo man Nutzen sieht und wo man miteinander nach Lösungen suchen müsste. Es ist korrekt, dass dies auf dem Boden der Stadt Grenchen ist. Aber wo gehen die Bettlacher auf den Bahnhof, wenn sie nach Zürich fahren wollen? Ist es Bettlach egal, wie der Bahnhof Süd in Zukunft aussehen wird? Man ist in der Stadt intensiv am Suchen nach Lösungen, wie der Bahnhofplatz Bahnhof Süd aussehen soll. Wenn man diesen, wie es der Kanton vorgeschlagen hat, als Leuchtturmprojekt im Agglomerationsprogramm bearbeiten kann, hat man eine grössere Chance als wenn man es alleine für die Stadt Grenchen umsetzen möchte.
- 2.6.4 François Scheidegger kann dem nur zustimmen. Auch die Einzonungen sind ein Thema (insbesondere die regionale Arbeitszone). Er weiss nicht, wie die Zukunft aussehen wird, aber wenn man nichts macht, sind die Risiken grösser.
- 2.6.5 Leonz Walker meint zu Thema Einzonungen, dass man jetzt an der Ortsplanungsrevision ist. Und was sagt der Kanton? Dass keine Einzonungen möglich sind. Warum? Weil man schon viel zu viel eingezont hat. Was will man jetzt bezüglich Neckarsulmstrasse diskutieren, wenn man dort nicht einmal eine Chance hat, etwas zu machen?
- 2.6.6 François Scheidegger erwidert, dass dies nicht stimmt. Das ist im kantonalen Richtplan drin. Der Kanton hat das auch beim Bund eingereicht und das sollte demnächst so genehmigt werden.
- 2.6.7 Barbara Leibundgut betont, dass es um einen Zeithorizont von ca. 20, 30 Jahren geht, wenn man dort weiteres Industrie- oder Arbeitszonenland wird einzonen können. Also nicht in der aktuellen Ortsplanungsrevision und sicher auch noch nicht in der nächsten. Es wird wahrscheinlich erst in der übernächsten Ortsplanungsrevision möglich sein. Ohne dass man etwas in Richtung von Zusammenarbeit macht, wird man auch das nicht bekommen. Das ist das, was ihr Bernhard Staub mitgegeben hat. Mehr kann sie dazu nicht sagen.
- 2.6.8 François Scheidegger meint, dass man auch nicht zu viel Kaffeesatz lesen sollte.

- 2.7 Für Gemeinderat Andreas Baumgartner, FDP Bettlach, sind die negativen und positiven Punkte, die er bis jetzt gehört hat, alles Argumente für die ganze Sache. Die drei Gemeindepräsidenten haben erklärt, dass jetzt schon gut zusammengearbeitet wird, die Probleme angepackt und miteinander besprochen werden. Jetzt hat man die Chance, dem Ganzen symbolisch noch ein Mäntelchen drüberzustülpen, d.h. das Agglomerationsprogramm. Wenn es dann schlussendlich noch ein wenig Geld vom Bund gibt, ist es auch noch recht. Es wurde bestätigt, dass man jetzt Projekte angehen will, die man auch aus der eigenen Kasse bezahlen können sollte, und nicht Utopien verfolgt. Wenn man das in diesem Rahmen macht und ihm das Mäntelchen Agglomerationsprogramm drüberstülpt, hat man die Chance, dass noch etwas retour kommt. Er findet, dass dies eine gute Sache wäre.
- 2.7.1 Es wurde die Angst geäußert, so Max Wolf, dass der Kanton Solothurn den Kanton Bern subventionieren müsste. Es wäre aber so, dass die Gemeinde Lengnau die anderen zwei Hälften finanzieren würde. Wenn in Lengnau etwas passieren würde, müsste aber auch der Kanton Bern helfen zu zahlen.
- 2.8 Leonz Walker geht es um die Kosten. Es tönt so, als ob man unbegrenzte Mittel hätte, um solche Planungen zu machen. Grenchen hat auch ein wenig eine angespannte Finanzlage, Bettlach sowieso, das stand erst kürzlich in der Zeitung. Vom Kanton will man gar nicht reden. Ist das wirklich etwas Prioritäres, das man auf 20 Jahre ausmacht? Nein. Dann braucht man es nicht auf Mitte Dezember 2020 zu realisieren. Dann plant man gescheiter einmal auf der Vereinsbasis, aber auf einem tieferen Niveau, nicht Agglomerationsprogramm-Niveau, und trägt die Ideen zusammen. Er liest hier kein einziges Ziel, das man erreichen will, ausser die regionale Zusammenarbeit stärken. Aber konkret steht nichts darin, was man eigentlich machen will. Es ist alles hypothetisch und dafür so viel Geld auszugeben? Dafür ist er nicht zu haben.
- 2.8.1 Max Wolf erwidert, dass dies auch noch kein Agglomerationsprogramm ist. Man ist noch am Anfang.
- 2.9 Patrick Gfeller hat Respekt vor dem Zeitplan. Wenn man die Neckarsulmstrasse anschaut, gibt man punkto Erschliessung sicher Fragezeichen. Aber die Erschliessung fängt bei der Autobahn an. Wenn er nur an den Flughafen denkt und man die Strasse verlegen oder irgendetwas anderes machen muss, reicht dieser Zeithorizont nicht. Man muss ja dann mit Projekten kommen, die fertig für 20 Jahre sind, weil sie bindend sind. Man kann dann nicht mehr sagen, dass man das Projekt jetzt nicht machen will. Wenn es einmal geschrieben ist, dann muss man es realisieren. Klar muss man jetzt anschauen, wie man es finanziert. Er denkt, dass man diese Projekte bei so einem Zeitplan gar nicht so weit pfannenfertig haben wird und nicht darüber wird beraten können, wer sie finanzieren kann. Und Bettlach wird sie nicht finanzieren können. Die Einwohnergemeinde schreibt seit zwei, drei Jahren miese. Man braucht das Geld für die eigene Infrastruktur und die Aufrechterhaltung des Betriebs. Das wird in Grenchen nicht viel anders sein. Dass man einen Bahnhof in Grenchen anschauen muss, da hilft er natürlich mit. Den nutzen auch Bettlacher und Lengnauer. Dazu braucht es aber kein Agglomerationsprogramm. Hier kann man auch eine andere Lösung finden, um den besser zu machen.
- 2.9.1 François Scheidegger bittet, auch die Perspektive zu sehen. Man muss auf 20 Jahre hinaus schauen und das Ganze relativieren. Grenchen will sich auf alle Fälle weiterentwickeln. Man will nicht stehen bleiben.

- 2.9.2 Laut Konrad Schleiss weiss man, dass die Verkehrsanbindung des Autobahnan schlusses nicht ganz optimal ist. Nur sind dort weder der Kanton noch die Gemeinde Hausherr. Es ist beim ASTRA deponiert, dass man gerne eine Verbesserung auf der Ausfahrt hätte, und der Kanton hilft hier mit. Die Anschlussstrasse ist eine Kantonsstrasse. Also müsste das ein Kantonsprojekt sein, wenn das gemacht würde. Er geht davon aus, dass man das als B-Massnahme in ein Agglomerationsprogramm hineinschreiben würde. Das müssen nicht fertige Projekte sein, aber einfach ein Unbehagen, das man deponiert und sagt, dass man an dem in den nächsten vier Jahren miteinander arbeiten möchte, um Lösungen zu finden. Es gibt A-, B-, C-Massnahmen. In der Regel werden nur A-Massnahmen mitfinanziert. Der Punkt, wo man am weitesten ist und wo mehr oder weniger bestehende Projekte vorhanden sind, ist beim Bahnhof Süd. Aber man ist sich auch bewusst, dass die Umgebung Bahnhof Nord ein Bedürfnis hätte. Wenn dann die Erschiessung Neckarsulmstrasse weiter geht, wird man dort Massnahmen ergreifen müssen. Im Richtplan ist drin, dass man dort bis zu 4000 Arbeitsplätze schaffen könnte. Die jetzige Verkehrsinfrastruktur trägt das nicht. Hier müsste man vorliefern, damit man so etwas ins Auge fassen könnte. Das ist die Planung auf Generationen hinaus. Das ist nichts Kurzfristiges.
- 2.9.3 Nach Auffassung von François Scheidegger kann man Stand heute wohl vergessen, zusätzliches Land einzozonen zu können.

Die Gemeinderäte Bettlach und Lengnau verlassen den Ratssaal und ziehen sich zum separaten Eintreten, zur Detailberatung und zum Beschluss in den Jura-Saal resp. Linden-Saal zurück.

3 Eintreten

- 3.1 Wie Gemeinderat Peter Brotschi ausführt, war es die CVP, die sich öffentlich beklagt hat, dass man schon beim letzten Agglomerationsprogramm nicht dabei war. Es ist für sie daher selbstverständlich, dass man mit den benachbarten Gemeinden, die nota bene auch befreundete Gemeinden sind, das Zusammengehen versuchen will. Es ist nicht nur für Grenchen wichtig. Er hat den Eindruck, dass es auch für die beiden Nachbargemeinden und über die Kantonsgrenze hinaus ein wichtiger Schritt für die gemeinsame Entwicklung sein wird. Er kann als Flieger sagen, dass Grenchen und Umgebung von oben gesehen, wenn man von Süden her kommt, mehr oder weniger eine Gemeinde ist. Bettlach ist im Verlauf seines Lebens wirklich mit Grenchen zusammengewachsen. Als er ein Junge war, war es noch eine andere Situation. Lengnau ist eigentlich schon vor seiner Zeit, d.h. vor mehr als einer Generation zusammengewachsen. Es ist wirklich an der Zeit, dass man im 21. Jahrhundert einen Schritt vorwärts macht.
- 3.2 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist und dem Projekt zustimmen wird. Man ist erstaunt über die Haltung von gewissen Leute in diesem Saal, die das Gefühl haben, sie müssten Grenchen etwas zahlen. Es ist eher das Gegenteil. Wenn er die letzten 50 Jahre betrachtet, hat die betreffende Gemeinde mehr von der Stadt Grenchen profitiert als umgekehrt. Vielleicht müsste man das diesen Leuten einmal klar machen. Er findet es eine gute Sache und unterstützungswürdig, dass die drei Gemeinden endlich eine Zusammenarbeit gefunden haben, in diesem Projekt, aber auch allgemein.

- 3.2.1 François Scheidegger hat bewusst die Gemeindepräsidentin von Bettlach und den Gemeindepräsidenten von Lengnau die Sache erläutern lassen, denn primär müssen die Nachbargemeinden dem auch zustimmen. Es ist aber jetzt schon klar, dass die Hauptarbeit nachher bei der Stadt Grenchen liegen wird. Sie wird den Lead übernehmen müssen. Die Baudirektion der Stadt Grenchen wird das ganze Verfahren koordinieren müssen. Man hat gehört, dass dies auch von Grenchen erwartet wird. Es dünkt ihn auch selbstverständlich, dass das Grenchen macht. Man muss dann hier das nötige Fingerspitzengefühl haben und sich bewusst sein, dass man dann im gemeinsamen Bett liegt. Die Nachbargemeinden können dann auch bei Entwicklungsprojekten in Grenchen mitreden.
- 3.3 Auch die SP-Fraktion, so Alexander Kaufmann, hat das diskutiert, unterstützt es und ist für Eintreten. Es ist etwas Wegweisendes, das Signalwirkung hat. Schon dass man als Gemeinderäte so etwas erarbeiten kann, dünkt ihn sehr positiv. Es gibt ein gutes Signal nach aussen, man wird auch wieder anders wahrgenommen. Man hat eine Chance. Wichtig scheint der SP aber, dass die Projekte, die man einbringen will, vernünftig ausgestaltet sind, so dass man sie, falls sie nicht aufgenommen werden sollten, auch selbst finanzieren könnte. Es wäre schade, wenn man versuchen würde, etwas mit der grossen Kelle anzurichten, und zuletzt bringt man es im Agglomerationsprogramm nicht durch.
- 3.3.1 François Scheidegger warnt vor Illusionen. Es ist so, dass die Projekte fixfertig vorliegen müssen. Man muss nur noch auf den grünen Knopf drücken können, um das auslösen zu können. Dann spricht der Bund einfach einen Beitrag, in der Grössenordnung 20, 30 bis max. 40 Prozent. 40 Prozent kann er sich fast gar nicht vorstellen, 35 Prozent wäre wohl das Höchste der Gefühle. Wenn man eine Risikoabwägung macht und sieht, wie viel man investiert, muss man das relativieren. Es ist wirklich eine Investition in die Zukunft. Das muss man jetzt einfach einmal wagen. Auch wenn das Agglomerationsprogramm nicht zustande kommt, hat man trotzdem sehr viel gewonnen, auch im Hinblick auf die Ortsplanungsrevision.
- 3.3.2 Alexander Kaufmann verweist auf die Beiträge, die der Bund für das Agglomerationsprogramm der dritten Generation für die Region Solothurn beisteuert: 6.71 Millionen für Massnahmen in Priorität A (Baubeginn 2019-2022) und von 7.29 Millionen für B-Massnahmen (Baubeginn 2023-2026). Man hätte mehr erwartet, aber an drei Stellen ist man auf Granit gebissen.
- 3.3.3 François Scheidegger meint, dass auch die Anforderungen immer mehr steigen.
- 3.4 Laut Gemeinderat Reto Gasser sagt die FDP-glp-Fraktion aus innerster Überzeugung ja zum Projekt. Es ist etwas für die Zukunft. Ob es dann etwas wird, steht auf einem anderen Blatt. Man ist eigentlich schon zu weit, dass man jetzt noch nein sagen könnte. Er möchte noch zu einem Punkt den Warnfinger erheben: Es ist dann auch ein „Ressourcenfresser“. Es braucht einen Verein, eine Trägerschaft, Kommissionen und Leute, die Kompetenz hineinbringen. Man muss sich bewusst sein, dass das dann viele ehrenamtliche Stunden sein werden. Dann kommt noch der nächste Schritt. Es wurde heute ketzerisch in die Runde geworfen, ob man eine Fusion angeschaut habe. Da kann er nur sagen: Noch nicht!
- 3.4.1 François Scheidegger hätte nicht gedacht und hält es für bemerkenswert, dass ausgerechnet seitens Bettlach danach gefragt wurde.

- 3.5 Was Gemeinderat Matthias Meier-Moreno am meisten optimistisch stimmt, ist, dass der Gemeinderat von Grenchen dem positiv gegenüber steht, dass man geschlossen auftritt und den Nachbargemeinden die Hand reicht. Jetzt müssen sie es Grenchen gleichtun und dann kommt es gut. Es liegt definitiv nicht an Grenchen. Man hat alles versucht, das Beste gegeben, mehr kann man nicht tun und wenn sie nicht wollen, dann wollen sie nicht. Dann muss man es halt akzeptieren und den eigenen Weg gehen. Man muss mutig sein und nach vorne schreiten.
- 3.6 Alexander Kaufmann möchte den Vorwurf, warum man mit gewissen Projekten nicht in das Agglomerationsprogramm aufgesprungen sei, nicht mehr hören. Das hat man schon einmal vor Jahren erlebt. Ihm ist, dass man damals Projekte hatte, die man in einem Agglomerationsprogramm hätte machen können, dann aber schlichtweg den Termin verpasst hat. Er möchte den Vorwurf nie mehr hören. Jetzt ist man auf dem richtigen Weg.
- 3.7 François Scheidegger macht darauf aufmerksam, dass sehr viel Aufbauarbeit geleistet werden musste. Das Zukunftsbild hat man auch, aber es gibt schon noch einiges zu tun.
- 3.8 Konrad Schleiss möchte kurz die Situation im Rückblick erläutern: Was in früheren Situationen gefehlt hätte, wäre die Zusammenarbeit mit Lengnau und Bettlach gewesen. Man war damals nicht zu dritt unterwegs. Es war ein langsamer Prozess. Es gab Sitzungen, wo Bettlach und Selzach dabei waren ohne Lengnau, weil der Kanton gesagt hat, dass die Kantongrenze so eine harte Linie ist. Der Kanton selber hat sich sehr lange geziert. Er versteht heute, weshalb ihm Bernhard Staub im Jahr 2015 gesagt hat, das man zu spät sei. Und zu spät war man, weil man dort nicht als drei Gemeinden gesessen ist. Wäre man als drei Gemeinden dort aufgetreten, hätte man sagen können, dass man losgeht. Das war damals aber nicht die Situation. Deshalb ist es eine schöne Geschichte, dass die drei Gemeindepräsidenten das heute Abend hier so vertreten haben. Das war für ihn das Signal, dass man etwas zusammen machen will. Das ist auch in den Workshops so herausgekommen: entweder zusammen oder sonst geht nichts.

Eintreten wird geschlossen

4 Detailberatung

- 4.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

5 Beschluss

- 5.1 Der Ausarbeitung eines Agglomerationsprogramms gemäss Projektskizze wird zugestimmt.
- 5.2 Der Stadtpräsident wird beauftragt, gemeinsam mit dem Kanton Solothurn und den Gemeinden Bettlach und Lengnau die Gründung eines Trägervereins vorzubereiten und dem Gemeinderat zum Beschluss zu unterbreiten.

- 5.3 Es wird folgender Kredit zu Handen Budget 2019 genehmigt:
- Konto 7900.3632.xx (Beiträge Gemeinden u. Zweckverbände) CHF 80'000.00
- 5.4 Es wird zur Kenntnis genommen, dass Zusatzkosten für Sitzungsgeld und Informationsveranstaltungen entstehen werden (Jahr 2019/2010).
- 5.5 Die Beschlüsse Ziffer 5.1 - 5.3 gelten vorbehältlich der Zustimmung von Bettlach und Lengnau.

Vollzug: Gemeindepräsidien / BD

EG Bettlach
EG Lengnau
BD
BAPLUK
FV

Amalia Schneider, Agglomerationsprogramme, Amt für Raumplanung Kanton Solothurn
Arthur Stierli, Projektleiter, ecoptima AG, Bern

7.9.1 / acs